

Korntal-Münchingen, den 3. Februar 2017

Haushaltsanträge 2017

(7 Anträge)

1. Neubau Kita Korntal-West:

Wir beantragen:

Der Neubau der geplanten Kita in Korntal-West wird um ein Jahr auf das Jahr 2021 verschoben. Änderung der Priorität auf 1, analog zu den weiteren Themen zu Korntal-West.

Begründung:

Die Erschließung des Geländes von Korntal-West wird frühestens 2018 beginnen und wird nicht vor 2019/2020 abgeschlossen sein. Mit dem Bau der ersten Wohnhäuser ist nicht vor 2021 zu rechnen. Mit dem Bau der Kita muss deshalb auch nicht vor 2021 begonnen werden. Bis dahin ist auch der Bedarf an Kita-Plätzen genauer abschätzbar.

Der Gesamthaushalt 2017 reduziert sich dadurch um 1,0 Mio. € (in 2020).

2. Umbau Tampoprint-Kreuzung:

Wir beantragen:

Das Bauvorhaben Tampoprint-Kreuzung wird um ein bis zwei Jahre verschoben. Änderung der Priorität auf 1. Es ist eine Fristverlängerung für die Gewährung des Kreiszuschusses zu beantragen.

Begründung:

Das gesamte dortige Gewerbegebiet wird zurzeit neu geplant, inklusive aller Verkehrsanbindungen an B10 und BAB 81. Eine Realisierung ist erst nach 2020 (Priorität 1 gemäß Liste) vorgesehen. Die Tampoprint-Kreuzung ist ein zentraler Teil der Wegeführung und muss sich nach dem Gesamtkonzept richten. Sie darf deshalb nicht vorneweg gebaut werden mit der Gefahr, dass sie dann nicht in das Gesamtkonzept passt. Dieses Argument muss auch den Kreis überzeugen. Die

Frist für die Gewährung des Zuschusses sollte deshalb nochmals um ein bis zwei Jahre verlängert werden.

Der Gesamthaushalt 2017 reduziert sich dadurch um 1,1 Mio. € (in 2019 und 2020).

3. Energetische Sanierung Realschule

Wir beantragen:

Die energetische Sanierung der Realschule wird kurz-/mittelfristig durchgeführt und in den Haushalt 2017 aufgenommen.

Begründung:

Aus Klimaschutz-Gründen sollten die Energiefresser städtischer Gebäude möglichst bald beseitigt werden. Auch die Aufenthaltsqualität in der Schule wird durch ein energetisch saniertes Gebäude verbessert. Die Kosten für diese Maßnahme liegen gemäß Plan bei ca. 0,8 Mio. €. Gegenzurechnen sind die Kosten für eingesparte Energien über mehrere Jahre und die Kosten für Preiserhöhungen, wenn man die Baumaßnahmen erst später durchführt. Dies ist zudem ein Beitrag unserer Gemeinde zur CO₂-Reduzierung entsprechend unserem Beschluss zum Klimamanagement.

Wir empfehlen zur Finanzierung dieser Maßnahme, die Projekte Tampoprint und Kita Korntal-West zu verschieben. (siehe unsere Anträge hierzu).

4. Generalsanierung der Aula des Gymnasiums:

Wir beantragen:

Wir beantragen die kurz-/mittelfristige Durchführung der Generalsanierung der Aula und um Aufnahme dieser Maßnahme in den Haushalt 2017.

Begründung:

Die Aula ist energetisch auf einem sehr schlechten Niveau; sowohl Wände als auch Decke müssen dringend isoliert werden. Auch funktionell lässt die Aula einiges zu wünschen über. Wir plädieren deshalb dringend für eine baldige Renovierung. Den Gesamtkosten von 1,4 Mio. € stehen gegenüber die eingesparten Energiekosten über mehrere Jahre und die zu erwartenden Mehrkosten, wenn die Arbeiten erst in späteren Jahren erfolgen. Dies ist zudem ein Beitrag unserer Gemeinde zur CO₂-Reduzierung entsprechend unserem Beschluss zum Klimamanagement.

Wir empfehlen zur Finanzierung dieser Maßnahme, die Projekte Tampoprint und Kita Korntal-West zu verschieben. (siehe unsere Anträge hierzu).

5. Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit der Allgemeinen Verwaltung

Wir beantragen:

Wir beantragen, die Kostenstelle 588000 Öffentlichkeitsarbeit der Allgemeinen Verwaltung von 27.000 € auf 7.000 € zu reduzieren.

Begründung:

Wir sind der Meinung, dass bei der derzeitigen finanziellen Lage der Gemeinde keine weiteren Ausgaben für gestalterische Maßnahmen für das Corporate Design ausgegeben werden sollten. Auch die Ausgaben für die Publikation des Zukunftskonzeptes sollten minimiert werden. Wir halten deshalb einen Betrag von 7.000 € für angemessen.

Das ergibt eine Einsparung von 20.000 €, die wir gerne Umweltprojekten zukommen lassen würden.

6. Kommunales Energiemanagement

Wir beantragen:

Die Kostenstelle 639000 für kommunales Energiemanagement unter Umweltschutz/Klimaschutz wird vorübergehend (in diesem Jahr) von 40.000 € auf 10.000 € reduziert. Von den eingesparten 30.000 € sollten 20.000€ für energiesparende Investitionen (501200) und 10.000 € für Öffentlichkeitsarbeit im Umweltschutzbereich (588000) eingesetzt werden.

Begründung:

Die Funktion „kommunales Energiemanagement“ ist vor ca. 7 Jahren u.a. auf Betreiben der Grünen eingeführt worden. Mitarbeiter der Stadt haben unter wesentlicher Mithilfe eines externen Dienstleisters die Energieverbräuche der städtischen Liegenschaften erfasst, Verbesserungen veranlasst und die weitere Beobachtung systematisiert. Dies führte zu wesentlichen Energieeinsparungen und zu betrieblichen Verbesserungen. Außerdem wurde jährlich ein Energiebericht verfasst, der das dokumentierte.

Die für 2017 angesetzten 40.000 € beinhalten im Wesentlichen die Kosten für den externen Dienstleister.

Inzwischen ist aber ein Status erreicht, wo wesentlich weniger Arbeit anfällt. Es handelt sich vor allem um Routine-Arbeiten wie Zähler ablesen und Dokumente vervollständigen. Auch der Aufwand für den jährlichen Energiebericht könnte reduziert werden. Wir sind der Meinung, dass dieser nicht jährlich, sondern nur noch alle 2 bis 3 Jahre erstellt werden sollte.

Damit würden sich die Aufgaben des externen Dienstleisters stark reduzieren. Wir schlagen eine Reduktion von 40.000 € auf 10.000 € vor.

Wir schlagen außerdem vor, diese eingesparten 30.000€ im Bereich Umweltschutz/Klimaschutz zu belassen aber wie folgt aufzuteilen:

- Erhöhung der Kostenstelle 501200 (Energiesparende Investitionen) um 20.000 €: zusätzliche Mittel für die anfallenden Reparaturen bzw. für energetische Verbesserungen, die weiterhin anstehen (in Summe 70.000 € statt bisher 50.000 €).
- Erhöhung der Kostenstelle 58800 (Öffentlichkeitsarbeit) um 10.000 €: Wir sind der Meinung, dass die Bürger verstärkt über mögliche CO2-Einsparungen im privaten Bereich informiert und von deren Bedeutung überzeugt werden sollten, damit die Stadt ihren Klima-Zielen näherkommt. Das erfordert mehr und gezielte Öffentlichkeitsarbeit (in Summe 20.000 € statt bisher 10.000 €)

7. Kostencontroller

Wir beantragen:

Wir beantragen die Schaffung der Stelle eines Kostencontrollers

Begründung:

Im Haushaltsentwurf 2017 heißt es auf Seite V-52: „Bedenklich ist, dass es in der jetzt vorgelegten Finanzplanung ab dem Jahr 2019 nicht mehr möglich sein wird, die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführung in Höhe der Tilgungsausgaben zu erwirtschaften. Auch wenn die Hoffnung besteht, dass es am Ende doch nicht so schlimm werden könnte, sollten im Interesse einer soliden und nachhaltigen Finanzpolitik hier rechtzeitig die Weichen gestellt werden. Finanzpolitik sollte sich eben nicht an Hoffnungen, sondern an Realitäten ausrichten.“

Diese Einschätzung teilen wir. Aus den Ergebnissen der Diskussionen in der HH-Klausur müssen wir schließen, dass wir keine Lösung sehen, mittelfristig einen gesetzmäßigen Haushalt aufstellen zu können, insbesondere dann, wenn ab 2020 auf die kommunale Doppik umgestellt wird. Wir meinen, wir brauchen einen neutralen Controller, der uns entsprechend berät.

Wolf Ohl

3. Februar 2017